

#Digital-
wahl2025

Gigabit für alle – Regulierung muss mit der Zeit gehen

Telekommunikationspolitische Vorschläge einer
digitalpolitischen Vision für die Bundestagswahl
2025 und die neue Legislaturperiode

Digitalpolitische Vision zur Bundestagswahl 2025

Gigabit für alle – Regulierung muss mit der Zeit gehen

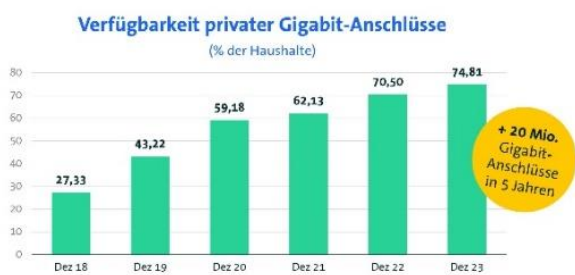
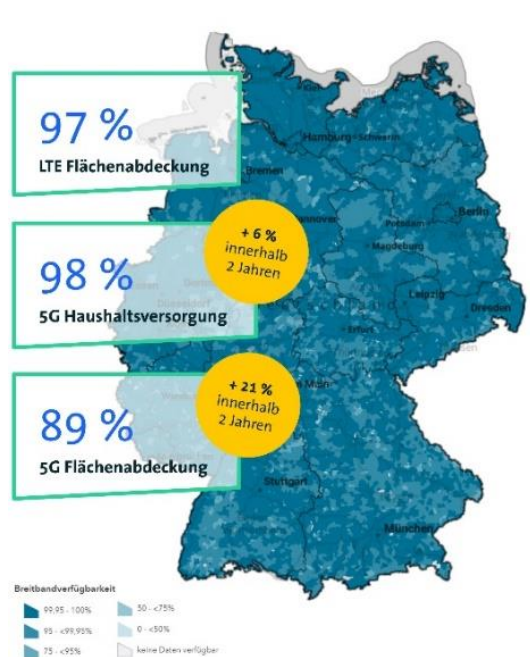
Wo wir stehen & was wir wollen

Mit jährlichen Investitionen von über 13 Mrd. Euro treiben die Netzbetreiber den eigenwirtschaftlichen Ausbau in Deutschland voran. Damit schaffen sie die Grundlage für die Nutzung der Digitalisierungspotenziale in nahezu allen Wirtschafts- und Lebensbereichen und tragen so wesentlich zur Verbesserung der Nachhaltigkeit bei. Ende 2023 konnten laut Breitbandatlas bereits 17,9 Millionen Haushalte (32 Prozent) Glasfaser-Anschlüsse nutzen – 4,3 Mio. tun dies. Gigabit-Anschlüsse stehen für 75 Prozent der Haushalte zur Verfügung und Deutschland hat auch bei der Mobilfunkversorgung deutlich aufgeholt: 5G erreicht über 98 Prozent der Haushalte und versorgt bereits fast 90 Prozent der Fläche.

Gleichzeitig fallen europäische Telekommunikationsprovider in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zurück. Zählten vor 10 Jahren noch drei europäische Netzbetreiber zu den gewinnstärksten Telekommunikationsunternehmen weltweit, so ist heute lediglich ein Unternehmen in den Top 10 vertreten. Entscheidend ist daher die Schaffung eines echten europäischen Binnenmarktes, um die Investitionsfähigkeit des Telekommunikationsmarktes in starke und resiliente Netze zu gewährleisten. Dies muss Kern einer eigenen industriepolitischen Vision Deutschlands sein.

13 Mrd. Euro jährlich
investieren die Netzbetreiber in den eigenwirtschaftlichen Ausbau.

Ausbau dynamik legt zu – Gigabit- statt Funkloch-Republik



Quelle: Gigabit-Grundbuch | Datenstand 01.2024 (linke Darstellung) und 12.2023 (rechte Darstellungen).

Handlungsempfehlungen für die neue Legislaturperiode

- **Gigabit für alle:** Der Grundsatz „Privat vor Staat“ hat sich als Leitprinzip des Gigabit-Ausbaus bewährt. Verlässliche und investitionssichernde Rahmenbedingungen sind für den weiteren Erfolg des Ausbaus unerlässlich, ebenso wie Verbesserungen bei den Take-Up-Raten und der Nachfrage nach Gigabit-Anschlüssen:
- **Infrastruktur-Wettbewerb treibt den Netzausbau voran:** Der Infrastruktur-Wettbewerb ist Grundlage der heutigen Ausbau-Erfolge und muss daher als Leitprinzip beibehalten werden. Marktösungen, Investitionsoffensiven und Kooperationen, freiwilliger, diskriminierungsfreier Open Access der Netzbetreiber, sowie eine gemeinsame Nutzung von Leerrohr- oder Glasfaserinfrastrukturen unterstützen den erfolgreichen Ausbau. Im Gegensatz dazu gefährden Privilegierungen einzelner Marktakteure, exklusive Ausbaurechte, fortwährende Verschärfungen im Verbraucherschutz und damit den Unternehmen entziehende Investitionsmittel, und politische Abschaltungsdaten bei der Kupfer-Glasfaser-Migration diesen Prozess und tragen nicht zur Zielerreichung bei.
Die Abschaltung des Kupfernetzes ist dennoch ein sinnvolles politisches Ziel, wenn dafür alle kommerziellen Voraussetzungen erfüllt sind. Sie muss den Wettbewerb auf Grundlage bewusster Entscheidungen von Kunden und Betreibern anerkennen und weiterhin ermöglichen.
- **Überragendes öffentliches Interesse für TK-Netze einführen:** Durch das überragende öffentliche Interesse wird ein beschleunigter und flächendeckender Ausbau erst möglich: Denn heute genießen der Natur und Denkmalschutz regelmäßig Vorrang. Nur diese gesetzliche Klarstellung erleichtert es den Genehmigungsbehörden, dem Netzausbau den benötigten Vorrang zu geben.
Bis 2030 will die Bundesregierung flächendeckend Glasfaser und den neusten Mobilfunkstandard. Darüber hinaus müssen die kommenden Versorgungsaufgaben der Bundesnetzagentur erfüllt werden: Bis 2030 soll jeder der drei etablierten Netzbetreiber gemäß des Konsultationsentwurfs der Bundesnetzagentur 99,5 Prozent der gesamten Fläche Deutschlands mit mindestens 50 Mbit/s versorgen. Das bedeutet, dass auch entlegene und schwer zu erschließende Gebiete, wie Wälder, Naturschutzgebiete oder Küstenregionen, mit schnellem Internet versorgt werden müssen. Gleichzeitig sind 33 Prozent¹ der Fläche Deutschlands Schutzgebiete nach Bundesnaturschutzgesetz, und bedürfen daher einer naturschutzrechtlichen Genehmigung. Damit die Unternehmen die vorgesehenen Versorgungsaufgaben überhaupt erfüllen können, muss die Bundesregierung mit dem überragenden öffentlichen Interesse die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Ansonsten müssen Schutzgebiete folgerichtig aus der Versorgungspflicht ausgeklammert werden.
- **Bürokratieabbau beschleunigt den Netzausbau:** Deutschland muss mutiger werden, neue Technologien zu implementieren und nicht durch Bürokratie auszubremsen. Bund und Länder haben zuletzt zahlreiche Schritte zum Bürokratieabbau angekündigt und z. T. bereits eingeleitet. Das gilt beispielweise für die flächendeckende Umsetzung einer Genehmigungsfiktion in Kombination mit einer

Vorfahrt für den Netzausbau:

Überragendes öffentliches Interesse bescheinigen

Bürokratie abbauen:

Genehmigungen beschleunigen – Verfahren digitalisieren

¹ Vgl. Bundesamt für Naturschutz: unter [Landschaftsschutzgebiete in Deutschland](#) | Karte sowie unter [Naturschutzgebiete in Deutschland](#) | BfN.

Vollständigkeitsfiktion für Mobilfunkmasten. Ein weiterer Schlüssel zur Beschleunigung des Netzausbaus bleibt die bisher unzureichende Digitalisierung der Genehmigungsverfahren auf allen Ebenen, die nun zügig flächendeckend eingeführt werden muss. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass Erfolge beim Bürokratieabbau im Baurecht nicht durch neue Bürokratie (wie zunehmende Reporting-Pflichten) konterkariert werden. Generell müssen vollständig digitale Verfahren geschaffen werden, die eine schnelle Anpassung von Regelungen ermöglichen, um Innovationen gerecht zu werden.

- **Förderung ergänzt gezielt den Netzausbau:** Die staatlich finanzierte Förderung des Netzausbaus sollte weiterhin nur dort eingesetzt werden, wo ein eigenwirtschaftlicher Ausbau aufgrund fehlender wirtschaftlicher Abbildbarkeit auch langfristig nicht erfolgen wird. Zudem muss die Förderung sinnvoll priorisiert werden. Die zuletzt vorgesehene Anpassung des Gigabit-Fördervolumens des Bundes auf 1 Mrd. Euro im Jahr 2025 begrüßen wir. Damit die Förderung den Eigenausbau sinnvoll flankiert, aber nicht verdrängt, sollten die Bundesmittel für die FTTH-Förderung in der neuen Legislatur bei 1 Mrd. Euro pro Jahr verstetigt werden.
- **Bereitstellung passiver Infrastrukturen und Liegenschaften der öffentlichen Hand:** Insbesondere zur Unterstützung des weiteren Mobilfunknetzausbaus braucht es auch die Ausbauförderung durch die Bereitstellung passiver Infrastrukturen und Grundstücke für inkrementelle Kosten, etwa bei Schienenwegen, Bundes- und Wasserstraßen.
- **Take-Up-Rate verbessert Bedingungen für Netzausbau:** Weniger als einer von vier Haushalten nutzt verfügbare Glasfaser-Anschlüsse. Die Information über Ausbauprojekte vor Ort darf daher nicht erschwert werden. Vielmehr müssen Entscheidungsträger vor Ort kommunikative Maßnahmen idealerweise unterstützen.
- **In-House-Verkabelung notwendig für finalen Netzausbau:** Damit die Gigabit-Versorgung nicht im Keller endet, müssen auch die Leitungen im Haus in den Blick genommen werden. Das eingeführte Glasfaserbereitstellungsentgelt hat sich dabei in der Praxis bisher nicht ausgezahlt. Bereits heute müssen Bauträger bei Neubauten und Renovierungen zukünftige Glasfasernetze und die bestehenden Ausbaupflichten berücksichtigen. Dies muss allerdings auch tatsächlich umgesetzt werden. Auch die Brandschutzverordnung muss an dieser Stelle zügig angepasst werden, da für Glasfasern nicht die gleichen Brandschutz-Anforderungen wie für Stromleitungen gelten müssen.
- **Grundversorgung technologieneutral ausgestalten:** Beim sogenannten „Recht auf schnelles Internet“ muss klargestellt werden, dass die Grundversorgung auch auf lange Sicht durch drahtlose TK-Dienste erbracht werden kann. Ansonsten würden sehr hohe Kosten entstehen und knappe Ressourcen in den Ausbau von Grundversorgungs-Kupfernetzen fließen, statt den zukunftsfähigen Glasfaserausbau voranzutreiben. Insgesamt sind die aktuellen Regelungen auf europäischer Ebene zu hinterfragen, da sie trotz enormer Kosten kaum Erfolg erzielt haben. Für unterversorgte Einzellagen sollte ein technologieneutraler Ansatz mit einer Voucher-Förderung vorgesehen werden, der beispielsweise mit Satelliten-Anbindungen eine kurzfristige Versorgungsverbesserung erreichen kann. Vorgaben zur Entschädigung müssen sich auch zukünftig an den Preisstrukturen der Internetzugangstarife messen.

**Unterstützung
fokussieren:**

**Ausbau sichern –
Förderung begrenzen**

- **Regulierung muss mit der Zeit gehen:** Deutschland ist gefordert, die Innovations- und Investitionsfähigkeit von Staat und Wirtschaft zukunftsfest zu gestalten und die digitale Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. Industriepolitische Maßnahmen müssen die Leistungsfähigkeit der Netze und Anbieter stärken und dürfen sich nicht weiter auf sinkende Endkundenpreise fokussieren. Dafür notwendig sind geringere Belastungen und stabile Rahmenbedingungen für einen wettbewerblichen Markt:
- **Wettbewerbsfähigkeit stärken:** Die Schaffung eines echten europäischen Binnenmarktes ist für den zukünftigen Erfolg des Telekommunikationssektors entscheidend. Deutschland muss sich daher auf europäischer Ebene für eine weitere Harmonisierung einsetzen, um nationale Unterschiede (z. B. Sicherheits- und Verbraucherschutzanforderungen) abzubauen und Anreize für Betreiber schaffen, grenzüberschreitende Dienste anzubieten. Gleichzeitig gilt es spezifische Standortnachteile Deutschlands wie die im europäischen Vergleich nicht wettbewerbsfähigen Strompreise konsequent abzubauen.
- **Frequenzbereitstellung optimieren:** Eine Neuausrichtung von Frequenzvergaben, die stärker auf Verlängerungen der Nutzungsrechte anstelle von Auktionen setzen, sind der richtige Weg, um die Versorgung mit Mobilfunk zu sichern und auszubauen. Gleichzeitig braucht Deutschland in europäischer Abstimmung einen klaren Fahrplan für mehr Frequenzen zur Deckung des steigenden Kapazitätsbedarfs. Dabei müssen alle geeigneten Frequenzen tatsächlich zur Verfügung stehen und dürfen nicht durch ungerechtfertigte lizenzbezogene Verpflichtungen, die nicht auf gründlichen sozioökonomischen Analysen beruhen, künstlich entwertet werden. Der weitere Ausbau von 5G und die Unterstützung einer rechtzeitigen Einführung von 6G erfordern die notwendigen Anstrengungen, um zusätzliche Frequenzen in unterschiedlichen Frequenzbereichen für die mobile Kommunikation bereitzustellen.
Zudem gilt es eine effiziente Frequenznutzung zu unterstützen und hierzu verfügbare EMF-Budgets allen Beteiligten, einschließlich TowerCos, in geeigneter Form über eine digitale Schnittstelle transparent zur Verfügung zu stellen.
- **Resilienz und öffentliche Sicherheit stärken:** Deutschland ist gefordert, eine weitestmögliche Widerstandsfähigkeit gegen adverse Einflüsse von physischen Beschädigungen über Stromversorgungsausfälle bis zu Cyberattacken und Sabotage sicherzustellen. Eine prioritäre Energieversorgung der Netzbetreiber in Krisen- und Katastrophenfällen ist daher dringend erforderlich. Zudem sind sichere und zuverlässige Lieferketten von hoher Bedeutung. Die Branche ist durch Investitionen in Schutzmaßnahmen im Umgang und der Abwehr auch außergewöhnlicher Krisensituationen bereits gut für verschiedenste Notfälle gerüstet und arbeitet eng zusammen. Vor der Implementierung weiterer Schutzmaßnahmen ist unbedingt eine genaue Prüfung bereits vorhandener Notfall- und Sicherheitsvorrichtungen durchzuführen. Sollten zusätzliche kostenintensive Maßnahmen durch die Politik vorgeschrieben werden, muss eine faire Verteilung der Kosten erfolgen.
- **Nachhaltigkeit fördern:** Digitale Netze bilden die Grundlage für eine grüne Wirtschaft und Gesellschaft. Sie ermöglichen nicht nur leistungsstarke Datenströme, sondern leisten damit auch einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO₂-Emissionen in anderen Branchen. Daher sollte Deutschland sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass Telekommunikationsnetze in die EU-Taxonomie aufgenommen werden, um Investitionen in die digitale Infrastruktur zu fördern. Deutschland

Binnenmarkt mitgestalten:

Standortnachteile abbauen – europäische Vorgaben 1:1 umsetzen

Ressourcen bereitstellen:

Mobilfunk ausbauen – Frequenzen bereitstellen

sollte zudem die internationalen Bestrebungen zur Entwicklung geeigneter Leistungsindikatoren (Key Performance Indicators, KPIs) für nachhaltiges Wirtschaften unterstützen, die auch über Europa hinaus gelten, keinesfalls aber mit deutschen Sonderwegen den Standort benachteiligen.

- **Technologieentwicklung massiv stärken:** Die nächste Generation von Kommunikationsnetzen wie 6G wird neue Dienste jenseits der klassischen Kommunikation erschließen. Die Netze können als Sensorik funktionieren und sind elementar für die Herausforderungen des Klimawandels. Sensorik, KI (Künstliche Intelligenz), Modularität und Open RAN sind Schlüsseltechnologien für die (Mobil)-Kommunikation der Zukunft. Neue Förderprogramme für die Technologieentwicklung müssen finanziell auf ein neues Niveau gehoben werden, um Deutschland und Europa wieder stark zu machen. Dabei gilt es alle Partner einschließlich der Anwender einzubinden, um den Aufbau von Fachexpertise bei den Anwendern in den vertikalen Industrien für eine schnelle Implementierung sicherzustellen. Deutschland muss sich auch in die internationalen Standardisierungsaktivitäten einbringen, um mit einem globalen Standard die Voraussetzungen für skalierbare Anwendungen zu schaffen. Technologiefurchung oder zumindest -skepsis muss abgebaut werden.

**Technologie
voranbringen:**

Innovation sicherstellen –
Schlüsseltechnologien
fördern

Bitkom vertritt mehr als 2.200 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie generieren in Deutschland gut 200 Milliarden Euro Umsatz mit digitalen Technologien und Lösungen und beschäftigen mehr als 2 Millionen Menschen. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig, kreieren Content, bieten Plattformen an oder sind in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 82 Prozent der im Bitkom engagierten Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, weitere 8 Prozent kommen aus dem restlichen Europa und 7 Prozent aus den USA. 3 Prozent stammen aus anderen Regionen der Welt. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem leistungsfähigen und souveränen Digitalstandort zu machen.

Herausgeber

Bitkom e.V.
Albrechtstr. 10 | 10117 Berlin

Ansprechpartner

Nick Kriegeskotte | Leiter Infrastruktur & Regulierung
T 030 27576-224 | n.kriegeskotte@bitkom.org

Janine Welsch | Bereichsleiterin Telekommunikationspolitik
T 030 27576-234 | j.welsch@bitkom.org

Verantwortliches Bitkom-Gremium

AK Telekommunikationspolitik

Copyright

Bitkom 2024

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugsweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom oder den jeweiligen Rechteinhabern.